

**BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT****Bundeswirtschaftskammer**

Bundeswirtschaftskammer · A-1045 Wien
Postfach 195

An das Präsidium
des Nationalrates

Parlament
1010 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Z	72 -GE/986
Datum:	20. JAN. 1987
Verteilt	23. JAN. 1987

St. Zinner

Ihre Zahl/Nachricht vom

-

Unsere Zahl/Sachbearbeiter

RGp 363/86/Kö/BTV

(0222) 65 05

Datum

4296 DW

12.1.1987

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
die Exekutionsordnung und das Unter-
haltsvorschußgesetz geändert werden;
Begutachtungsverfahren

Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft beehrt sich, einer Entschließung
des Nationalrates folgend 25 Ausfertigungen Ihrer Stellungnahme zu dem im
Betreff genannten Gesetzentwurf mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme zu
übersenden.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Für den Generalsekretär:

Anlage

[Handwritten signature]



BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer A-1045 Wien
Postfach 195

Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

Ihre Zahl/Nachricht vom	Unsere Zahl/Sachbearbeiter	(0222) 65 05	Datum
4613 a/57-I 1/86 vom 20.10.1986	RGp 363/86/Kö/BTV	4296 DW	12.1.1987

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
die Exekutionsordnung und das Unter-
haltsvorschußgesetz geändert werden;
Begutachtungsverfahren

Unter Bezugnahme auf die oa Note des do Bundesministeriums beehrt sich die
Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu dem im Betreff genannten Gesetz-
entwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Aus interessenpolitischer Sicht bestehen gegen den Entwurf keine Einwände.
Jedoch erscheinen einige Stellen des vorgelegten Entwurfstextes sprachlich-
legistisch nicht voll geglückt.

So ist nicht einzusehen, weshalb im vorgeschlagenen § 382 a auf die Formulierung
des § 396 ZPO - "... für wahr zu halten ..." zurückgegriffen wird. Die zuletzt
genannte Bestimmung regelt die Erlassung von Versäumnisurteilen, also von ge-
richtlichen Entscheidungen in Fällen, in denen die Parteien die Vornahme einer
Prozeßhandlung versäumt haben. Im Provisorialverfahren zur Erlassung einst-
weiliger Verfügungen ist der Gegner der gefährdeten Partei nicht zu hören, kann
also gar keine Prozeßhandlung setzen. Es erscheint daher vielmehr sinnvoll, bei der
Formulierung des § 382 a sich an das Vorbild des § 389 EO zu halten, der von der

40 JAHRE Bundeswirtschaftskammer
Arbeit für Österreich und seine Wirtschaft

Wiedner Hauptstraße 63
A-1045 Wien

Telex 111871 BUKA
Teletex (61) 3222138 BWK
Telefax (0 22 2) 65 25 01

Telegrammadresse
BUWIK

Creditanstalt-Bankverein
Konto Nr. 0020-95032/00
BLZ 11000

DVR
0043010

- 2 -

gefährdeten Partei die Glaubhaftmachung der anspruchsbegründenden Tatsachen fordert, sofern diese nicht in urkundlicher Form bescheinigt sind.

Ferner sollte im § 382 a der Relativsatz "... die dem Gericht offenkundig sind ..." durch die vor das Wort "Tatsachen" gesetzte Ergänzung "die dem Gericht offenkundigen" ersetzt werden, weil sich die Eigenschaft der Offenkundigkeit nur auf Tatsachen beziehen kann. Dies wird auch durch den in den Erläuterungen enthaltenen Hinweis auf § 269 ZPO klargestellt.

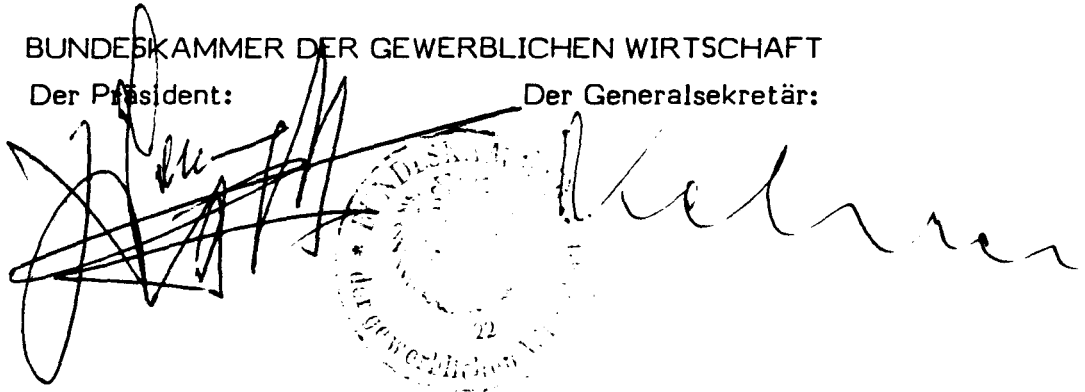
Die im vorgeschlagenen § 399 d Abs 1 erwähnten "Grundsätze der Billigkeit" sollten lediglich bei der Bestimmung der Art (zB Ratenzahlung) des Rückersatzes des zu Unrecht gezahlten Unterhaltes zur Anwendung gelangen, nicht jedoch hinsichtlich Grund und Höhe des Rückersatzes.

Einer Entschließung des Nationalrates entsprechend werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übersandt.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Präsident:

Der Generalsekretär:

The block contains two handwritten signatures. The signature on the left is for the President, and the signature on the right is for the General Secretary. Between the signatures is a circular official stamp of the Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, featuring a star in the center and the text "BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT" around the perimeter.